

Eine günstige Wohnung zu finden, bleibt Glückssache

Weder der Zürcher Stadtrat noch die bürgerlichen Parteien lösen mit ihren Regulierungsvorschlägen die Probleme des Wohnungsmarktes.

Das ist so selten, dass es fast unmöglich scheint: Die Zürcher Bürgerlichen wollen Privilegien für Besserverdienende streichen. Dazu fordern sie harte Kontrollen plus Offenlegung des Gehalts. Und nehmen dafür mehr Bürokratie in Kauf.

Bei dem Antrag im Stadtparlament handelt es sich natürlich nicht um Steuertransparenz. Sondern um die städtischen Liegenschaften. Das Problem, das die Bürgerlichen angehen, ist folgendes: In den preisgünstigen städtischen Wohnungen wohnen Leute, die zwar beim Einzug wenig verdienten, aber zum Teil später Karriere machten. Und nie wieder auszogen, weil die Mieten auf dem freien Markt massiv teurer sind.

Der Vorschlag der Bürgerlichen ist, alle Mieter, die mehr als das Fünffache des Mietzinses verdienen, zum Auszug zu zwingen. Der Vorschlag des linken Stadtrats ist sanfter: dass die Zimmerzahl einer Wohnung nur um eins über der Bewohnerzahl liegen darf.

Beide Pläne haben Haken: Setzt sich der Stadtrat durch, wird bei der Meldepflicht geschummelt. Setzen sich die Bürgerlichen durch, schaffen sie für die Mieter von 6000 Wohnungen den Anreiz, ein Leben lang wenig zu verdienen. Weil sich Mehrarbeit nicht lohnt.

Das Problem des Systems lösen beide Vorschläge nicht. Durch von der Stadt verbilligte Wohnungen wird der Wohnungsmarkt zäh, weil niemand mit Verstand aus solchen Wohnungen wieder auszieht.

Die vernünftigste und liberalste Lösung wäre, keine privilegierten Wohnungen mehr zu betreiben. Und denen, die weniger verdienen, Wohngutschriften zu geben. Doch diese Liberalisierung ist das Gegenteil der Strategie, die die Stadt fährt – und auch der Stimmbürger, die diese Politik in zahlreichen Abstimmungen bestätigten. Nicht zuletzt haben sie es aus Furcht getan, dass die Stadt von Topverdienern überrannt werden könnte.

Was also tun? Der Vorschlag des Stadtrats ist schlanker: Die Wohnungen müssen nur mit dem Melderegister abgeglichen werden. Der Plan der Bürgerlichen führt zu weit mehr Bürokratie. Dafür scheint er gerechter.

Aber so und so wird es beim jetzigen System keine Gerechtigkeit geben. Einige werden Glück haben und eine städtische Wohnung finden. Andere nicht. So wie im restlichen Leben auch.

(Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 20.09.2015, 21:10 Uhr)



Von Constantin Seibt
Reporter Recherche
@ConstSeibt 00:30

Artikel zum Thema

Keine günstigen Wohnungen mehr für Grossverdiener



Die bürgerliche Opposition könnte dem Zürcher Stadtrat etwas aufzwingen, was dieser nicht will: strikte Einkommensgrenzen für alle Mieter, die in städtischen Liegenschaften leben. [Mehr...](#)
Von Marius Huber 20.09.2015

Reiche in Stadtwohnungen: Das will die Stadt tun

Ein FDP-Komitee will Daniel Leupi dazu bringen, sämtliche Wohnungen der Stadt genau unter die Lupe zu nehmen. Die Stadt arbeitet aber bereits an neuen Regeln – und rechnet damit, dass manche umziehen müssen. [Mehr...](#)
Von Jvo Cukas 28.02.2014

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

